

Boneva, Teodora; Falk, Armin; Fallak, Mark; Stötzer, Lasse

Research Report

Russland-Sanktionen, Ukraine-Hilfen und Energie: Welche Politikmaßnahmen und Aktivitäten sind die Deutschen bereit zu unterstützen?

ECONtribute Policy Brief, No. 031

Provided in Cooperation with:

Reinhard Selten Institute (RSI), University of Bonn and University of Cologne

Suggested Citation: Boneva, Teodora; Falk, Armin; Fallak, Mark; Stötzer, Lasse (2022) :
Russland-Sanktionen, Ukraine-Hilfen und Energie: Welche Politikmaßnahmen und Aktivitäten
sind die Deutschen bereit zu unterstützen?, ECONtribute Policy Brief, No. 031, University of
Bonn and University of Cologne, Reinhard Selten Institute (RSI), Bonn and Cologne

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/268585>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ECONtribute **Policy Brief No. 031**

Russland-Sanktionen, Ukraine-Hilfen und Energie: Welche Politikmaßnahmen und Aktivitäten sind die Deutschen bereit zu unterstützen?

Teodora Boneva
Mark Fallak

Armin Falk
Lasse Stötzer

March 2022

www.econtribute.de



22. März 2022

Teodora Boneva, Armin Falk, Mark Fallak, Lasse Stötzer

Russland-Sanktionen, Ukraine-Hilfen und Energie

Welche Politikmaßnahmen und Aktivitäten
sind die Deutschen bereit zu unterstützen?

briq – Institute on Behavior & Inequality

Schaumburg-Lippe-Str. 5-9

53113 Bonn

Deutschland

Pressekontakt:

Mark Fallak, Head of Communications

E-Mail: mark.fallak@briq-institute.org

Tel.: +49-228-3894-223

© 2022 briq

Datennutzung unter Nennung der Quelle vergütungsfrei.

Kurzfassung

Breite Unterstützung der Deutschen für mehr Energieunabhängigkeit von Russland

Um den Druck auf die russische Regierung zu erhöhen, würden laut einer repräsentativen Befragung für den brig policy monitor mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung einen Stopp von Energieimporten aus Russland unterstützen. Eine breite Mehrheit findet sich auch für weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Energieabhängigkeit. Zudem befürwortet ein Großteil der Befragten mehr Hilfen für die Ukraine und eine Integrationsperspektive für Geflüchtete. In der Frage nach weiteren Waffenlieferungen sind die Deutschen hingegen gespalten.

Knapp 70 Prozent der 2.000 Befragten gaben an, einen Importstopp für Gas, Öl und Kohle aus Russland zu unterstützen. Drei von vier Deutschen sind dafür, Vermögenswerte von Personen aus dem Umfeld Putins zu beschlagnahmen und damit die wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen für Deutschland abzufedern. Um die Abhängigkeit von Energieimporten nachhaltig zu reduzieren, sprechen sich 90 Prozent für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien aus. Für den Übergang würden drei Viertel der Deutschen eine Laufzeitverlängerung der verbliebenen Atomkraftwerke akzeptieren, 63 Prozent eine vorübergehende Intensivierung des Braunkohleabbaus.

Darüber hinaus würde eine Mehrheit der Deutschen verschiedene Maßnahmen zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs im Straßenverkehr unterstützen: 61 Prozent der Befragten halten ein zunächst für sechs Monate geltendes Tempolimit von 100 km/h auf deutschen Autobahnen für vertretbar. Knapp mehrheitsfähig mit 53 Prozent Zustimmung wäre auch die Wiedereinführung autofreier Sonntage. Vier von fünf Deutschen könnten sich zudem eine teilweise Verlängerung der Homeoffice-Pflicht vorstellen.

Zusätzliche Waffenlieferungen an die Ukraine sehen allerdings viele Deutsche skeptisch, nur die Hälfte der Befragten wäre damit einverstanden. Politische Unterstützung für einen EU-Beitritt der Ukraine halten 56 Prozent für geboten. Eine breite Rückendeckung von 70 Prozent der Deutschen findet der Vorschlag, die Integration von Geflüchteten aus der Ukraine durch eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu erleichtern.

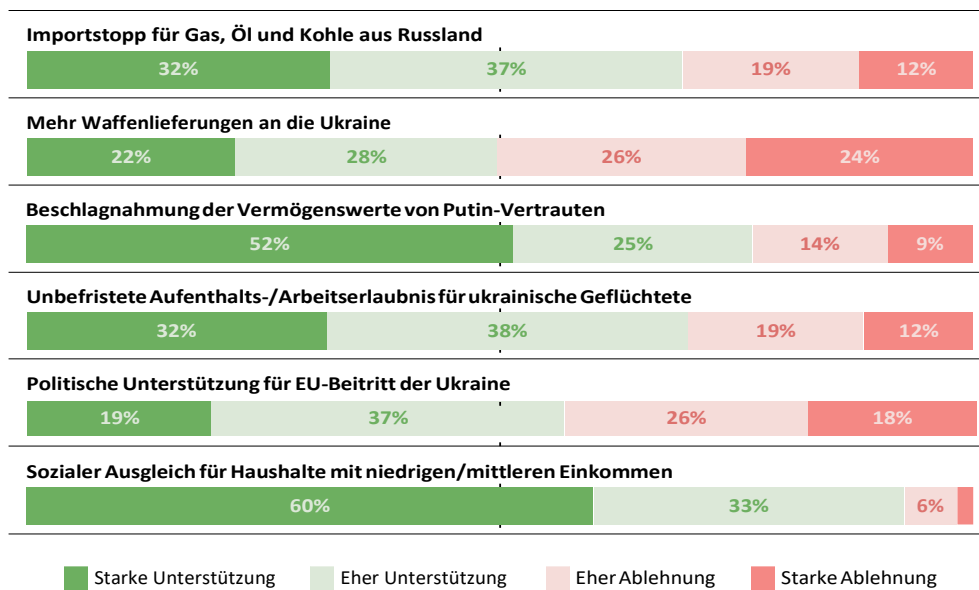
Ergebnisse im Detail

Unterstützung für politische Sanktionen und Hilfsmaßnahmen

Mit einem Bündel an Maßnahmen versucht die Bundesregierung, Russland stärker unter Druck zu setzen, den Menschen in der Ukraine zu helfen und zugleich die Belastungen für die heimische Wirtschaft in Grenzen zu halten. Welche Politikmaßnahmen finden in der deutschen Bevölkerung breite Unterstützung, welche werden eher abgelehnt?

Dazu haben wir in einer deutschlandweit repräsentativen Umfrage die Einstellungen von 2.000 Personen auf einer vierstufigen Skala von „starke Ablehnung“ bis „starke Unterstützung“ erhoben (siehe Abbildung 1).

Abb. 1: Unterstützung für Russland-Sanktionen und Ukraine-Hilfe



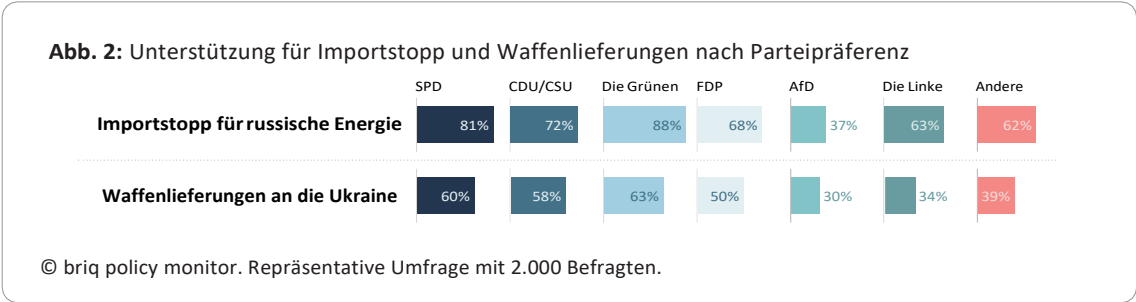
© briq policy monitor. Repräsentative Umfrage mit 2.000 Befragten. Abweichung von 100% rundungsbedingt.

Eine Mehrheit von 69% würde demnach einen Importstopp für Energie aus Russland befürworten, 32% der Befragten gaben sogar eine „starke“ Unterstützung an. Bei weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine halten sich Ablehnung und Zustimmung jedoch mit jeweils 50% die Waage. Drei Viertel (77%) der Menschen wären dafür, Vermögenswerte von Personen aus dem Umfeld Putins zu beschlagnahmen und damit die wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen für die deutsche Bevölkerung abzumildern.

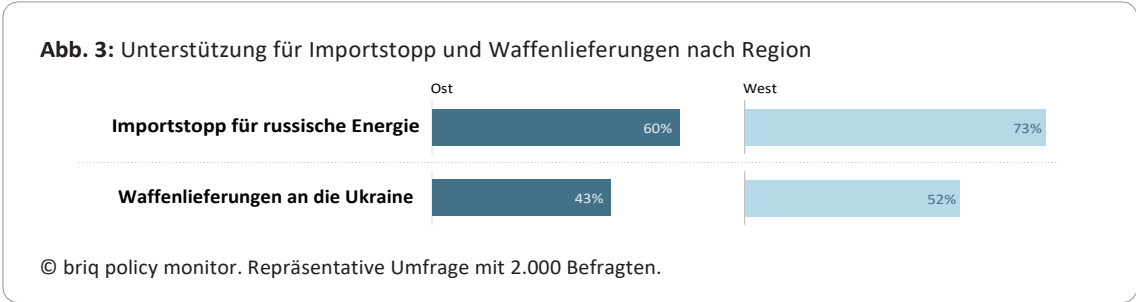
Um Geflüchteten aus der Ukraine eine Bleibeperspektive zu eröffnen, können sich 70% der Deutschen die Erteilung einer unbefristeten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis vorstellen, 32% würden diesen Vorschlag stark unterstützen. Rund 56% stehen einem EU-Beitritt der Ukraine eher positiv gegenüber, wobei nur 19% starke Unterstützung angaben.

Dass die Bundesregierung angesichts der hohen Energiepreise Haushalte mit mit niedrigen und mittleren Einkommen finanziell unterstützen sollte, ist mit einer Rückendeckung von 93 Prozent der Befragten weitgehend unumstritten. Auch besteht unter den Besserverdienenden eine große Bereitschaft, einen Teil ihres Einkommens für den sozialen Ausgleich beizutragen (vgl. dazu briq policy monitor #1).

Die Aufschlüsselung nach Parteipräferenz der Befragten offenbart teils große Unterschiede in der Unterstützung für Russland-Sanktionen und Ukraine-Hilfen (siehe Abbildung 2). Während sich im gesamten politischen Spektrum mit Ausnahme der AfD-Anhängerschaft eine Mehrheit für einen Stopp der Energieimporte aus Russland findet, lehnen sowohl bei der AfD als auch bei den Linken jeweils rund zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler weitere Waffenlieferungen an die Ukraine ab. Auffällig ist, dass unter den Grünen-Anhängern die Unterstützung nicht nur für einen Importstopp russischer Energie, sondern auch für Waffenlieferungen an die Ukraine am größten ist, gefolgt von der SPD.



Generell ist die Unterstützung sowohl für Sanktionen als auch für Hilfsmaßnahmen unter Menschen mit ausgeprägtem Altruismus am größten. Allerdings zeigen sich auch deutliche regionale Unterschiede: Beide Politikmaßnahmen finden im Westen Deutschlands 13 bzw. 9 Prozentpunkte mehr Unterstützung als im Osten (siehe Abbildung 3). Männer befürworten Waffenlieferungen häufiger (55%) als Frauen (44%).



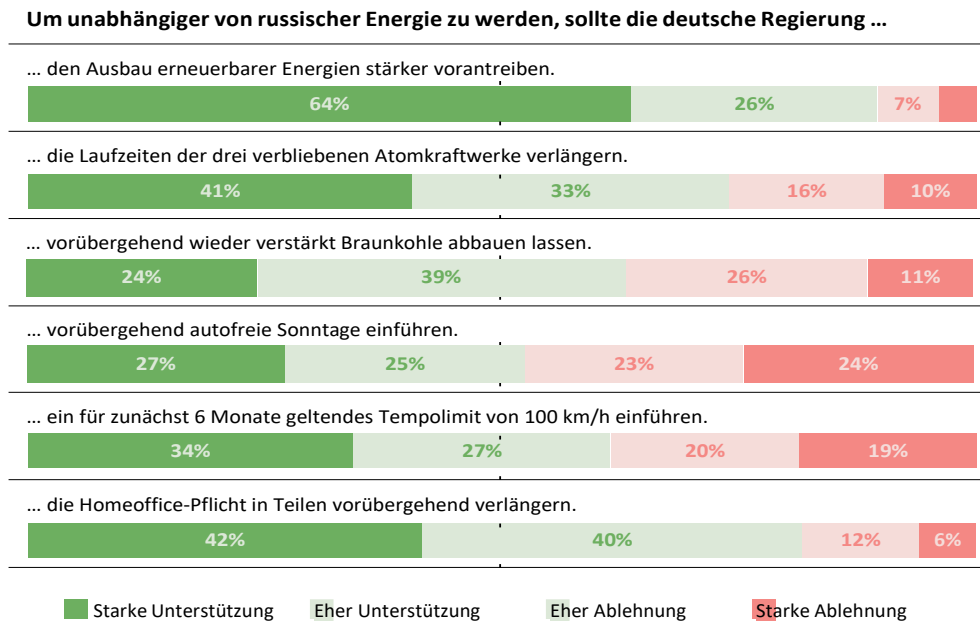
Unterstützung politischer Maßnahmen für mehr Energieunabhängigkeit

Um die Abhängigkeit Deutschlands von Gas, Öl und Kohle aus Russland zu reduzieren, könnte einerseits verstärkt auf andere Energieträger ausgewichen werden. Andererseits würden Einsparungen beim Energieverbrauch helfen, beispielsweise im Straßenverkehr. Wie populär sind solche Maßnahmen in der deutschen Bevölkerung?

Die große Mehrheit von 90% ist der Meinung, dass die deutsche Regierung den Ausbau erneuerbarer Energien stärker als bisher vorantreiben sollte. Aber auch eine Laufzeitverlängerung der verbliebenen drei Atomkraftwerke wäre für drei Viertel (74%) der Befragten eine denkbare Maßnahme, um unabhängiger von russischer Energie zu werden. Einen vorübergehend wieder verstärkten Braunkohleabbau in Deutschland würden 63% der Menschen in Erwägung ziehen. Die Zustimmung zu einer Verlängerung von Atomkraft und Kohleabbau ist unter Befragten mit höherem Bildungsstand jeweils etwas geringer.

Um den Spritverbrauch zu senken, würden 61% der Deutschen ein für zunächst sechs Monate geltendes Tempolimit von 100 km/h prinzipiell unterstützen. Mit der Wiedereinführung autofreier Sonntage könnten sich rund 52% der Befragten anfreunden. Am meisten Zustimmung fände eine zumindest teilweise Verlängerung der Homeoffice-Pflicht, die vier von fünf Deutschen (82%) unterstützen würden (siehe Abbildung 4).

Abb. 4: Unterstützung politischer Maßnahmen für mehr Energieunabhängigkeit

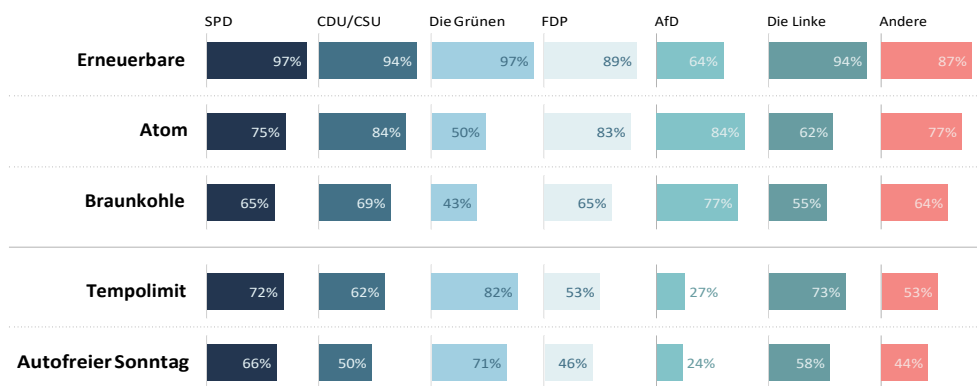


© briq policy monitor. Repräsentative Umfrage mit 2.000 Befragten. Abweichung von 100% rundungsbedingt.

Auch bei den Energiealternativen hängt die Unterstützung der Deutschen stark von den Parteipräferenzen ab (siehe Abbildung 5). Die Bereitschaft, kurz- oder mittelfristig verstärkt auf Atomenergie und Braunkohle zu setzen, ist unter den Wählerinnen und Wählern der Grünen am geringsten, wobei sich die Hälfte von ihnen infolge des Ukraine-Kriegs gegenüber einer Verlängerung der Atomkraft offen zeigt.

Die AfD ist die einzige Partei, deren Anhänger stärker auf Atomkraft (84%) und Braunkohle (77%) setzen würden als auf einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien (64%). Auch ein auf sechs Monate befristetes Tempolimit würden nur 27% der AfD-Wählerschaft gutheißen, während sich dafür selbst unter den FDP-Anhängern eine Mehrheit von 53% erwärmen könnte. Insgesamt nimmt die Zustimmung zum Tempolimit mit steigendem Alter der Befragten zu und mit steigendem Haushaltseinkommen ab. Die Idee des autofreien Sonntags hätte die meisten Fürsprecher bei den Grünen (71%) und der SPD (66%). Die Zustimmung ist im Osten Deutschlands (45%) geringer als im Westen (56%).

Abb. 5: Unterstützung von Maßnahmen zur Energieunabhängigkeit nach Parteipräferenz



© briq policy monitor. Repräsentative Umfrage mit 2.000 Befragten.

Persönliches Engagement in Reaktion auf den Ukraine-Krieg

Der Ukraine-Krieg hat in Deutschland eine Welle der Solidarität ausgelöst. Hunderttausende gingen bereits zu Protestkundgebungen und Friedensdemonstrationen auf die Straße, viele Freiwillige sammeln Spenden oder helfen Geflüchteten. Zu welchen weiteren Formen des persönlichen politischen Engagements wären die Deutschen laut Umfrage bereit?

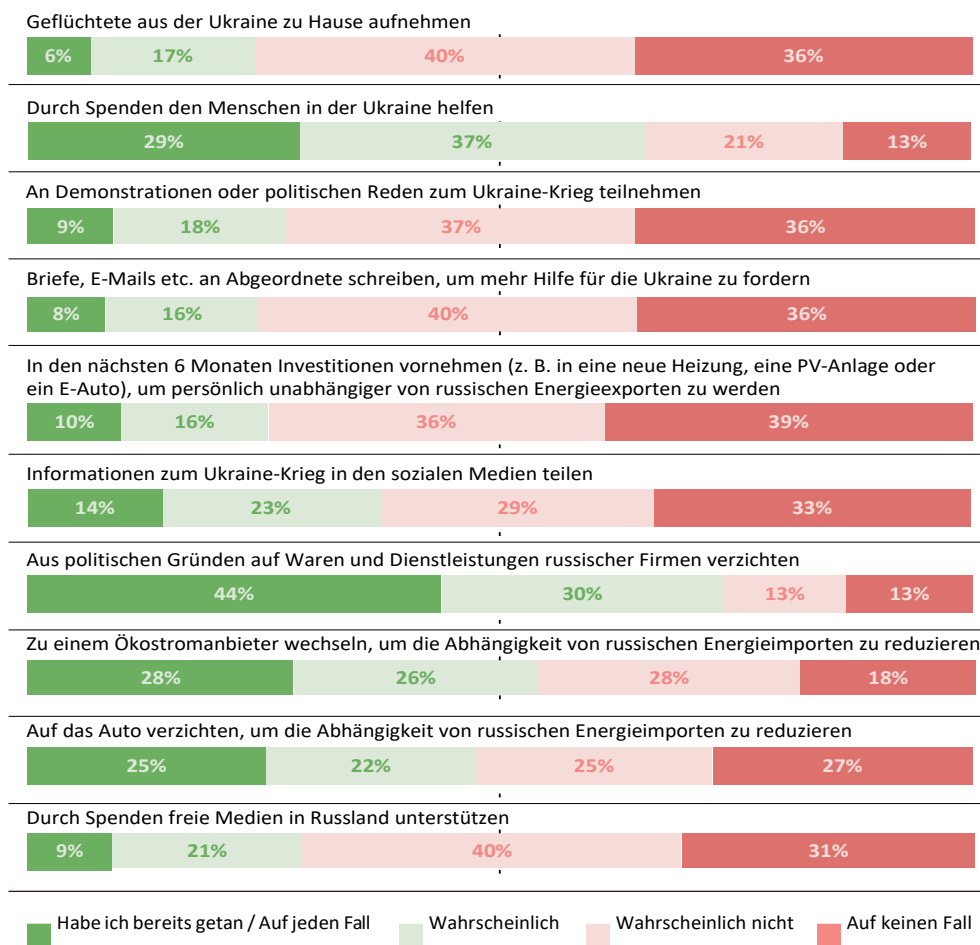
Abbildung 6 veranschaulicht das Engagement der deutschen Bevölkerung anhand von zehn möglichen Aktivitäten. Beispielsweise gaben 29% der Befragten an, bereits für die Menschen in der Ukraine gespendet zu haben oder dies auf jeden Fall tun zu wollen, weitere 37% wären dazu grundsätzlich bereit. Geflüchtete aus der Ukraine bei sich zu Hause aufzunehmen, könnten sich 23% der Deutschen vorstellen. Die Teilnahme an Friedensdemos käme für jeden vierten Befragten (27%) in Frage, ebenso wie schriftliche Petitionen für mehr Ukraine-Hilfe (24%).

Eine große Mehrheit von 74% verzichtet aus politischen Gründen bereits auf Waren und Dienstleistungen russischer Firmen oder wäre zumindest dazu bereit. Um die eigene Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland zu reduzieren, würden 54% der Deutschen zu Ökostromanbietern wechseln oder haben dies bereits getan. Fast die Hälfte der Befragten (47%) wäre bereit, häufiger aufs Auto zu verzichten; jeder vierte gab an, dies bereits getan zu haben oder auf jeden Fall tun zu wollen.

Auch zu zeitnahen Investitionen in neue Heizungstechnik, Photovoltaik oder E-Mobilität wären 26% der Deutschen zumindest grundsätzlich bereit, um den persönlichen Bedarf an fossiler Energie zu senken. Eine große Mehrheit wäre zudem bereit, höhere Preise für Energie in Kauf zu nehmen und den eigenen Heizbedarf durch Absenken der Raumtemperatur zu reduzieren, wenn dadurch der Druck auf Russland erhöht werden könnte (vgl. dazu briq policy monitor #1).

Abb. 6: Bereitschaft zum persönlichen Engagement in Reaktion auf den Ukraine-Krieg

Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie folgende Dinge tun würden?



© briq policy monitor. Repräsentative Umfrage mit 2.000 Befragten. Abweichung von 100% rundungsbedingt.

Methodik

Stichprobe und Umfragemodule

Die Umfragedaten wurden mittels einer repräsentativen Stichprobe von 2.000 Erwachsenen mit Wohnsitz in Deutschland erhoben. Die Datenerhebung mit dem Online-Umfragetool Qualtrics erfolgte zwischen dem 11. und 15. März 2022 in Kooperation mit dem Marktforschungsunternehmen Pureprofile. Die Aufmerksamkeit der Teilnehmenden wurde mit einer speziellen Frage überprüft.

Die Stichprobe ist so geschichtet, dass sie der jeweiligen erwachsenen deutschen Bevölkerung in Bezug auf Alter, Geschlecht und Bildungshintergrund entspricht. 51,10 Prozent sind Frauen, das Durchschnittsalter der Befragten liegt bei 51 Jahren, das jährliche Medianhaushaltsbruttoeinkommen liegt zwischen 30 und 40.000 Euro. 27,67 Prozent der Befragten wohnen in Ostdeutschland (mit Berlin).

Fragebogen-Item: Politische Maßnahmen

Mit der Frage „*Wie sehr unterstützen Sie folgende Politikmaßnahmen?*“ wurden auf Basis einer Vier-Punkte-Likert-Skala (*Starke Unterstützung, Eher Unterstützung, Eher Ablehnung, Starke Ablehnung*) die Einstellungen zu folgenden Aussagen erfasst:

Die deutsche Regierung sollte ...

... sich für einen Stopp russischer Energieexporte (Gas, Öl, Kohle) einsetzen.

... den Ausbau erneuerbarer Energien stärker vorantreiben, um unabhängiger von russischen Energieexporten zu werden.

... mehr Waffen an die Ukraine liefern.

... die Laufzeiten der drei verbliebenen Atomkraftwerke verlängern, um unabhängiger von russischen Energieexporten zu werden.

... ein für zunächst 6 Monate geltendes Tempolimit von 100 km/h einführen, um unabhängiger von russischen Energieexporten zu werden

... die Vermögen Putin-naher Russen beschlagnahmen und damit die wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen für Deutsche abschwächen.

... Geflüchteten aus der Ukraine eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis erteilen.

... vorübergehend autofreie Sonntage einführen, um unabhängiger von russischen Energieexporten zu werden.

... sich für einen EU-Beitritt der Ukraine einsetzen.

... vorübergehend wieder verstärkt Braunkohle abbauen lassen, um unabhängiger von russischen Energieexporten zu werden.

... die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger mit niedrigen und mittleren Einkommen sozial abfedern.

... die Homeoffice-Pflicht in Teilen vorübergehend verlängern, um unabhängiger von russischen Energieexporten zu werden.

Fragebogen-Item: Politisches Engagement

Mit der Frage „Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie folgende Dinge tun würden?“ wurde auf Basis einer Vier-Punkte-Likert-Skala (*Auf jeden Fall, Wahrscheinlich, Wahrscheinlich nicht, Auf keinen Fall*, ergänzt um die Option *Habe ich bereits getan*) die Bereitschaft zu folgenden Aktivitäten erfasst:

Geflüchtete Ukrainer zu Hause aufnehmen

Durch Spenden den Menschen in der Ukraine helfen

An Demonstrationen oder politischen Reden zum Ukraine-Krieg teilnehmen

Briefe, E-Mails, etc. an Abgeordnete schreiben, um mehr Hilfe für die Ukraine zu fordern

In den nächsten 6 Monaten Investitionen vornehmen (z. B. in eine neue Heizung, eine PV-Anlage oder ein E-Auto), um persönlich unabhängiger von russischen Energieexporten zu werden

Informationen zum Ukraine-Krieg in den sozialen Medien teilen

Aus politischen Gründen auf Waren und Dienstleistungen russischer Firmen verzichten

Zu einem Ökostromanbieter wechseln, um die Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu reduzieren

Auf das Auto verzichten, um die Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu reduzieren

Durch Spenden freie Medien in Russland unterstützen

Weitere Fragebogen-Items

Wir erheben eine Reihe von soziodemografischen Merkmalen, darunter Alter, Geschlecht, Bildung, Beschäftigungsstatus, Anzahl an Kindern, Parteipräferenz, Bundesland und Haushaltsbruttoeinkommen. Darüber hinaus wird nach Besitz und Nutzung eines Pkw mit Verbrennungsmotor gefragt. Zudem ermitteln wir die altruistische Disposition der Befragten auf Basis eines etablierten und experimentell getesteten Maßes aus dem Global Preferences Survey.¹

¹ Falk, A., Becker, A., Dohmen, T., Enke, B., Huffman, D., & Sunde, U. (2018). Global evidence on economic preferences. *Quarterly Journal of Economics*, 133 (4), 1645–1692.